

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Eine Manifestation der Unzufriedenheit in der Bevölkerung

Mit der Zustimmung zum Staatsvertragsreferendum gab sich das Volk die Möglichkeit zur Mitbestimmung in aussenpolitischen Fragen

(G.M.) - Das Abstimmungsergebnis zur Vorlage über die Einführung des Staatsvertragsreferendums ist mit einer derartigen Deutlichkeit ausgefallen, dass es daran nichts mehr zu rütteln gibt. Mit dem Stimmzettel gaben die Bürgerinnen und Bürger offensichtlich ihrer Unzufriedenheit, aber auch ihren Befürchtungen gegenüber einem EWR-Abkommen breiten Ausdruck. Die Unzufriedenheit rührt dabei in erster Linie vom ungenügenden Informationsfluss von den offiziellen Stellen her, wobei beschönigende Meldungen und sehr allgemein gehaltene Darstellungen, ohne präzise Aussagen, die Unsicherheit in der Bevölkerung noch verstärken.

Die Gewerbe- und Wirtschaftskammer hat mit ihrer Initiative, die sie mit klarem Hinweis auf den EWR-Vertrag lancierte, in unserem Land erreicht, dass «eine echte Diskussion über einen EWR-Vertrag oder ein mögliches Beitrittsgebet zur EG überhaupt erst in Gang gekommen» ist, wie sich Gewerbepräsident Josef Frommelt ausdrückte. Nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses, das eine in diesem Ausmass kaum erwartete Umkehr in der Einschätzung der Bevölkerung gegenüber der Abstimmung von 1989 erkennen lässt, werden sich die einzelnen politischen Parteien und Gruppierungen mit den Auswirkungen dieser Abstimmung befassen, mögliche Strategien entwickeln und ihre Einstellung überdenken. Klar für das Staatsvertragsreferen-

dum hat sich die Freie Liste ausgesprochen, klar dagegen war die VU mit Regierungschef Hans Brunhart und Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter an der Spitze. Dafür, aber mit einem Hinweis auf eine nicht einheitliche Meinung plädierte die Überparteiliche Liste, während die FDP in dieser Sachfrage für eine Pro- und Contra-Auseinandersetzung war und Gegner wie Befürworter zur Meinungsbildung zu Worte kommen liess.

Viele EWR-Fragen noch offen

Beat Marxer, Geschäftsführer der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, äusserte sich nach der Abstimmung sehr zurückhaltend, obwohl er nach dem ausgezeichneten Abschneiden der Initiative allen Grund zu positiven Kommentaren gehabt hätte. Die Initiative war zwar mit klarem Hinweis auf den EWR-Vertrag lanciert worden, doch stellt sich die Gewerbe- und Wirtschaftskammer, wie Beat Marxer erklärte, nicht grundsätzlich gegen ein EWR-Abkommen. Doch sind nach seiner Meinung noch sehr viele Fragen offen, die einer Antwort durch die zuständigen Behörden harren. Die Regierung ist damit angesprochen, dieses Informationsdefizit vor einer möglichen Abstimmung über den EWR aufzuholen.

FBP-Fraktionssprecher Dr. Ernst Walch, der im Landtag zu jenen drei Abgeordneten gehörte, die für die Einführung des Staatsvertragsreferendums vo-

tierten, begrüsst in einer ersten Stellungnahme die in Gang gekommene Diskussion über die Aussenpolitik. Die Bürgerinnen und Bürger befassen sich jetzt verstärkt mit dieser Frage, meinte er, wobei nun am Ende kein Weg mehr am Volk vorbei führe. Doch haben die Stimmberechtigten nach seiner Auffassung nicht nur den EWR-Vertrag im Visier gehabt, als sie für das Staatsvertragsreferendum eintraten, sondern ebenso die Rheinkraftwerke, möglicherweise auch andere, kommende Projekte. Als positiv wertet der FBP-Fraktionssprecher auch, dass mit der Vorlage über das Staatsvertragsreferendum eine Demokratie-Diskussion in Gang gekommen ist.

Unbehagen und Misstrauen

Was diese Stellungnahme nur sehr vorsichtig ausdrückte, ist mit dem Abstimmungsergebnis mit aller Deutlichkeit zum Vorschein gekommen. In der Bevölkerung herrscht seit einiger Zeit ein Unbehagen vor, das sich in mangelndem Vertrauen in die Behörden manifestiert. Das Volk hat sich mit der Initiative der Gewerbe- und Wirtschaftskammer die Chance nicht entgehen lassen, künftig in entscheidenden Fragen ebenfalls mitbestimmen zu können. Die «weiter so»-Politik scheint an ihren Grenzen angelangt zu sein, wobei die eher lauwarme Erklärung des Regierungschefs vor der Abstimmung und die Ausflüchte nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses diese Annahme bestärken.

Die Einführung des Staatsvertragsreferendums könnte als Konsequenz eine Änderung des Selbstverständnisses des Landtags mit sich bringen. Nicht mehr das Parlament wird künftig bei Staatsverträgen das letzte Wort haben, sondern aufgrund des fakultativen Staatsvertragsreferendums das Volk. Der Landtag wird sich damit auch mit dem neuen Rollenverständnis zu beschäftigen haben.

EWR trifft Nervensystem

Analysen des Abstimmungsergebnisses werden zweifellos in den nächsten Wochen zu verschiedenen Ergebnissen und Schlussfolgerungen kommen. Wie diese aber auch ausfallen, sicher ist, dass das Volk sich das Recht zur Entscheidung in aussenpolitischen Fragen selbst gegeben hat. Das Abstimmungsergebnis bereits schon vorweggenommen hatte der FBP-Abgeordnete Georg Schierscher, der im Landtag zur Initiative ausführte: «Der EWR mit seinen fundamentalen gesellschaftspolitischen Konsequenzen und die Rheinkraftwerke mit ihren enormen landschaftsmässigen Veränderungen treffen alle Einwohner Liechtensteins, insbesondere alle Stimmbürger irgendwo am zentralen Nervensystem, am Selbstverständnis und an ihren Vorstellungen vom Sinn des Lebens in einem derart hohen Masse, dass ich mir eine Verweigerung des Mitspracherechts schlicht und einfach nicht vorstellen kann.» Nun gilt es, sich darauf einzustellen.

KOMMENTAR

Endlich, ist man versucht zu sagen nach der Lektüre des «Vaterland», endlich herrscht Klarheit über die institutionellen Voraussetzungen in unserem Staat. An oberster Stelle, nicht nur an der Spitze der Regierung, steht Regierungschef Hans Brunhart. «Bis heute war es Regierungschef Hans Brunhart allein, der sich der Kritik am EWR-Vertrag ausgesetzt sah und den Schritt zu verteidigen hatte, den unser Land tun muss, um nicht in die Isolation zu geraten», stellte die Regierungszeitung mit absoluter Entschiedenheit fest und gab hoffnungsfroh die entscheidende Wende in dieser Frage bekannt: «Seit Mittwoch nun hat er einen Mitsprecher, dem man schwerlich nachsagen kann, er verteidige nur Verhandlungsergebnisse, an denen er selbst mitwirkte.»

Und wer ist dieser Mitsprecher? Es ist der Landesfürst, der laut «Vaterland» in sei-

Der Fürst - ein Mitsprecher?

ner Thronrede erklärt hatte, dass der «EWR-Vertrag die fast optimalste Lösung unseres Integrationsproblems» darstelle.

Damit keine Zweifel an der Stossrichtung dieser Kommentierung aufkommen können, hofft das «Vaterland», dass diese Botschaft «hoffentlich auch jene vernahmen, die durch die Verhinderung der Teilnahme Liechtensteins am EWR glauben, ihre Positionen absichern zu müssen.»

Eine gewagte Feststellung, wenn man sich das Resultat der Abstimmung über das Staatsvertragsreferendum vor Augen hält. Ohne die Hoffnung, mit dem fakultativen Staatsvertragsreferendum über eine «Brems» im Bereich der EWR- oder Integrationspolitik der Regierung zu verfügen, wäre die Initiative der Gewerbe- und Wirtschaftskammer wohl nicht zustande gekommen.

Gewagt aber auch die Unterstellung, der bedrängte Regierungschef und Aussenminister habe mit dem Landesfürsten einen «Mitsprecher» erhalten. In der Verfassung zumindest liest sich die politische Ordnung etwas anders. Dort heisst es: «Der Landesfürst vertritt, unbeschadet der erforderlichen Mitwirkung der verantwortlichen Regierung, den Staat in allen seinen Verhältnissen gegen auswärtige Staaten.» Nach der Verfassung ist der Regierung die Mitwirkung auferlegt, nicht dem Fürsten das Mitsprechertum. (G.M.)

Atelier 11: Zahlreiche kulturelle Aktivitäten in alter Weberei

Ein Trakt der ehemaligen Spoerri-Fabrik in Triesen wird zum Begegnungsort von Künstlern aus aller Welt - Gestern offizielle Eröffnung

(s.e.) - Die Räumlichkeiten der ehemaligen Weberei Jenny & Spoerri in Triesen sind schon mehrfach einer neuen Nutzung zugeführt worden. Sowohl öffentliche Institutionen wie auch Privatpersonen erhielten von der Gemeinde Triesen als Besitzerin des Areals die Möglichkeit, Teile des Gebäudes für ihre Zwecke zu adaptieren. Gestern mittag wurde nun im Beisein von Regierungschef Hans Brunhart und zahlreichen weiteren Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur im Süd-Trakt des Firmengeländes das «Atelier 11» eröffnet. Künstler aus aller Welt werden künftig darin jeweils für einen bestimmten Zeitraum leben und arbeiten.

Das «Atelier 11» ist eine Privatinitiative der Galerie Waltraud Matt aus Muren. Wie die Galeristin bei der gestrigen Eröffnung erklärte, soll der Raum im Hinblick auf das neue Europa als Ort der internationalen Begegnung dienen und als Stätte zu gemeinsamen kulturellen Inter-Aktionen verstanden werden. Künstler aus aller Welt werden ab ca. April/Mai das «Atelier 11» als Werkstätte für einen bestimmten Zeitraum benützen

können. Die notwendige Infrastruktur soll zudem jedem Kunstschaffenden oder jeder Künstlerin die Möglichkeit bieten, im Atelier verbleiben zu können.

Nach den Vorstellungen von Waltraud Matt werden die eingeladenen Künstler/innen für jeweils 4 bis 6 Wochen im Atelier 11 also leben und arbeiten.

Nach den Ausführungen von Waltraud Matt werden die kulturellen Aktivitäten in der alten Weberei nicht den Charakter einer Galerie haben, sondern der Raum dient den Kunstschaffenden jeweils für ca. 4 bis 6 Wochen als reine Arbeitsstätte. Damit dennoch eine kulturelle Auseinandersetzung stattfinden kann, muss das Atelier 11 aber rund ein Viertel der Zeit für die Öffentlichkeit frei zugänglich sein und zum Begegnungsort für Schüler, lokale Künstler oder ganz einfach jedem Interessierten werden. Es sollen aber auch Symposien der unterschiedlichsten Form, Diskussionen, Tanz, Avantgard-Theater, Performance und ähnliches im Atelier durchgeführt werden, sagte Waltraud Matt, die zusammen mit Emmi Wohlwend aus Vaduz für den Betrieb des Ateliers verantwortlich zeichnet.



Anlässlich der Eröffnung des «Atelier 11» wies Regierungschef Hans Brunhart unter anderem auf die Wichtigkeit einer Offenheit unseres Landes gegenüber fremder Kunst und Kultur hin. (Bild: s. e.)

Neue Mitte

Regierungschef Hans Brunhart meinte in seiner Eröffnungssprache, dass Waltraud Matt für die spontane und engagierte Idee zu danken sei. Ihre Idee, die

Gründung des «Atelier 11» über Kunst und Kultur hinaus in den grösseren Zusammenhang des europäischen Zusammenwachsens zu setzen und dasselbe auf (Fortsetzung auf Seite 2)

Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt

Tessin und Romandie weiterhin besonders stark betroffen

Bern (AP) Die Lage auf dem Schweizer Arbeitsmarkt hat sich im Monat Februar weiter verschlechtert. Wie aus der Detailstatistik des BIGA vom Montag hervorgeht, verlangsamt sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat allerdings etwas, und erstmals seit fünf Monaten waren wieder mehr offene Stellen als im Vormonat ausgeschrieben.

Nach Auffassung der Experten handelt es sich dabei aber um einen trügerischen Hoffnungsschimmer. Besonders viele Arbeitslose gibt es weiterhin im Tessin und der Romandie.

Nachdem das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) bereits am 6. März die Zunahme der Arbeitslosenquote von 2,2 auf 2,3 Prozent bekanntgegeben hatte, wird die Zahl der 72.462 Menschen, die Ende Februar ohne Ar-

beit waren, nun weiter aufgeschlüsselt.

Demnach leiden das Tessin und die Westschweiz nach wie vor besonders stark unter der Arbeitslosigkeit. Im Tessin kletterte die Arbeitslosenquote weiter gegen die Fünf-Prozent-Marke und lag Ende Februar bei 4,8 Prozent, gegenüber 4,6 Prozent einen Monat zuvor. Deutlich über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt lag die Arbeitslosenquote auch in den fünf Westschweizer Kantonen Genf (4,3 Prozent), Neuenburg (4,3 Prozent), Waadt (3,9 Prozent), Wallis (3,6 Prozent) und Jura (3,3 Prozent). In der Deutschschweiz weist weiterhin Basel-Stadt mit 3,1 Prozent die höchste Arbeitslosenquote auf. Vergleichsweise gut stehen dagegen die Kantone Appenzell-Innerrhodens, Obwaldens und Uri da, in denen die Quote auch im Februar unter einem Prozent blieb.

Jugoslawen müssen Schweiz verlassen

Spätestens bis Ende April - Mit einigen Ausnahmen

Bern (AP) Die vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge aus den jugoslawischen Kriegsgebieten müssen die Schweiz spätestens bis Ende April wieder verlassen. Dies beschloss der Bundesrat am Montag. Bleiben können Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, die weder aus Slowenien noch aus Mazedonien stammen, weil bei ihnen eine konkrete Gefährdung nicht ausgeschlossen werden kann.

Angesichts der bewaffneten Auseinandersetzungen in Jugoslawien hatte der Bundesrat kurz vor Weihnachten beschlossen, Menschen aus Kroatien und den umkämpften Grenzregionen zu Bosnien-Herzegowina vorläufig aufzunehmen. Gleiches galt für Deserteure und Dienstverweigerer aus allen jugoslawischen Teilrepubliken mit Ausnahme Kroatiens, Sloweniens und Mazedoniens.

Auch Personen aus der Region Kosovo, deren Aufenthaltsbewilligung abliefe oder deren Asylgesuch abgelehnt wurde, wurde die Ausreisefrist bis zum 22. März erstreckt.

Inzwischen hat sich jedoch die Lage verändert: Slowenien und Kroatien sind von der Schweiz und der EG als unabhängige Staaten anerkannt worden. Am 3. Januar trat ein Waffenstillstand in Kraft, der sich nach Einschätzung des Bundesrates als tragfähig erwiesen hat. So hat der UNO-Sicherheitsrat, der die Entsendung einer Friedensstruppe von der Einhaltung des Waffenstillstandes abhängig machte, inzwischen dem Einsatz von 14 000 Blauhelmen zugestimmt. «Unter diesen Umständen kann eine generelle Gefährdung von Personen aus diesem Gebiet heute verneint werden», schreibt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement.

Balzers: Ende der Kurzarbeit in Sicht

Die Balzers-Gruppe verzeichnete im Januar und Februar 1992 einen höheren Auftragsbeleg als budgetiert. Besonders erfreulich waren die Unternehmensbereiche «Elektronik-Anlagen» und «Pfeiffer-Pumpen». Das geht aus einer Mitteilung von Direktionspräsident Dr. Jörg Vogel an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hervor. Dank des guten Geschäftsganges kommt das Ende der Kurzarbeit beim Liechtensteiner Hochttechnologie-Unternehmen in Sicht. «In der Fertigung Trübbach werden wir in den nächsten Monaten die Kurzarbeit reduzieren können», schreibt der Direktionspräsident in der Hausmitteilung.

Bei Balzers sind zurzeit in den Bereichen Fertigung und Hartstoffsichten rund 145 Mitarbeiter von der Kurzarbeit betroffen. Bei einem weiterhin guten Geschäftsgang kann diese Massnahme bis Mitte Jahr stufenweise abgebaut werden. «Wir müssen aber auch in Zukunft auf die rasch wechselnden Marktbedingungen flexibel reagieren und wir werden dies auch tun», betont Dr. Jörg Vogel.